

Ein unkonventioneller Vorschlag für die US-Politik im Klimabereich – Analyse, Einordnung, Defizite und Ergänzungsvorschläge^{1,2}

F. J. Radermacher³

¹ Der Hinweis auf diesen Vorschlag kam von Herrn Dr. Holger M. Hinkel

² Der Vorschlag wurde publiziert im New Scientist / Ausgabe 06.12.2008 by Michael Le Page

³ Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de, <http://www.faw-neu-ulm.de>

In dem erwähnten Beitrag im New Scientist empfiehlt Mr. Le Page Mr. Obama, sich zur Vermeidung einer Klimakatastrophe nicht an einem Kyoto II zu beteiligen, das sei zu bürokratisch. Viel besser sei es, eine geeignet dimensionierte Steuer auf fossile Rohstoffe zu erheben, um so den Verbrauch zu reduzieren und CO₂-effizientere Lösungen zu fördern. Um innenpolitischen Konsens für dieses Vorgehen zu gewinnen, schlägt er vor, die so generierten Steuereinnahmen den Bürgern vollumfänglich zurückzuerstatten (steueraufkommensneutrale Lösung), und zwar zu gleichen Teilen an alle Bürger. Die Steuer ist also für die US-Bürger insgesamt steueraufkommenseutral, allerdings wandert Geld von Bürgern, die indirekt viele fossile Rohstoffe verbrauchen zu Bürgern, die das nicht tun. Hierin steckt ein Element der Klimagerechtigkeit (auf die USA bezogen).

Auf internationaler Ebene sollen andere Staaten dafür gewonnen werden, ähnlich zu verfahren. Falls das nicht gelingt, sollen die USA Druck ausüben. Länder wie China sollen dann ggf. im Wesentlichen über Grenzausgleichsabgaben (border tax adjustment) gezwungen werden, intern ähnlich zu verfahren.

Der Ansatz ist auf den ersten Blick attraktiv, vor allem, weil national sofort gehandelt werden kann. Sein entscheidendes Defizit ist allerdings, dass das Prinzip der Klimagerechtigkeit, das für US-Bürger intern umgesetzt wird, im weltweiten Kontext hierbei nicht gilt. D. h. die reichen Länder finanzieren nicht entsprechende faire Unterstützungen für Beschränkungen des CO₂-Emissionszuwachses in der ärmeren Welt. Dort ist aber ein Aufholprozess zu ermöglichen, außerdem ist dort die Energieeffizienz deutlich schlechter. Steuern auf fossile Rohstoffe müssten hier also adäquat in länderspezifischer Weise festgesetzt werden.

Es ist weiterhin die Frage, ob entsprechende Grenzausgleichsabgaben überhaupt WTO-konform eingeführt werden können. Ohne vorherige internationale Verhandlungen zum Thema sicherlich nicht. Dies wird nicht thematisiert, aber unterstellt. Wir argumentieren auf FAW/n Seite schon lange in diese Richtung [1], aber mit Blick auf die USA, die sich im

Kontext des Kyoto-Vertrages nicht beteiligen wollen, obwohl sie das reichste Land und der größte Verursacher von CO₂-Emissionen weltweit sind. Außerdem ist die Gesamtheit der Verhandlungen auf dem Weg zum Kyoto-Vertrag und jetzt zu Kyoto II viele Jahre international verhandelt wurde. Dies hat bezüglich der WTO-Konformität korrespondierender Handelsmaßnahmen wie z. B. Grenzausgleichsabgaben gegen „Freerider“ eine hohe Relevanz [1]. Jetzt wird von US-Seite ähnlich argumentiert wie wir das tun, aber mit Blick auf ökonomisch zurückliegende Staaten, die sich in einer völlig anderen Situation befinden als die USA.

Mögliche Ergänzungen / Verbesserungen des Vorschlags

- (1) Der Ansatz kann in Richtung eines globalen Cap and Trade Systems weiterentwickelt werden, wie der Autor andeutet, aber nicht ausführt. Ein Vorschlag könnte wie folgt aussehen: Für alle Staaten wären vereinbarte Emissionsvolumina über die nächsten Jahrzehnte geeignet auszuverhandeln und zu fixieren. In der Summe sollte es zu jährlichen Reduktionen der weltweiten Emissionen kommen. Für das Jahr 2050 sollte etwa die Hälfte der bisherigen Emissionen als Zielmarke erreicht werden. Bei Entwicklungs- und Schwellenländern ist dabei ein weiterer Zuwachs der Emissionen vorzusehen. Klimagerechtigkeit könnte als Ziel implementiert werden. Dies würde dazu führen, dass zum Schluss pro Kopf gleiche Emissionsvolumina (übersetzt in anteilige Volumina der Staaten) realisiert würden. Was fehlt, ist die Querfinanzierung dieses Prozesses von den reichen Ländern zu den sich entwickelnden Ländern im Sinne der Klimagerechtigkeit. Das ist ein entscheidendes Manko dieses Ansatzes und wird einen Konsens darüber wohl unmöglich machen. Allerdings könnte dieses Defizit in Form von komplementären Zahlungsflüssen, die zwischen Staaten vereinbart werden könnten, teilweise kompensiert werden. Als Defizit bleibt dann immer noch, dass die optimale Allokation von Emissionseinsparpotentialen nicht vom Markt vorgenommen wird. Dies mindert die Effizienz des Ansatzes, erhöht die Kosten und hat häufig nicht zielführende Anreize für Standortverlagerungen.

gen zur Folge.

- (2) Das Konzept müsste zur Verbesserung der in (1) beschriebenen Mängel mit der Möglichkeit des Handels von Emissionsrechten zwischen Staaten gekoppelt werden. Das würde für alle Beteiligten Sinn machen, die Kosten senken, die Allokation der Einsparungen verbessern und zu Transfers von den reichen zu den ärmeren Ländern führen. Anders ist wohl auch schon aus markttechnischen Gründen die in (1) angesprochene Zielsetzung von Klimagerechtigkeit in dem vorgeschlagenen Rahmen mit Blick auf das Jahr 2050 nicht realisierbar.

Literaturempfehlung:

1. Radermacher, F. J.: Kyoto-Vertrag und WTO: Es ist Zeit für einen neuen Ansatz in der Klimapolitik, FAW/n-Bericht, Oktober 2005